

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Oberster Gerichtshof entkriminalisiert Homosexualität

Mit einem als historisch zu bezeichnenden Urteil des Obersten Gerichtshofes dürfen homosexuelle Handlungen nicht länger strafrechtlich verfolgt werden. Am 6. September wurde damit das 158 Jahre alte Gesetz aus der Kolonialzeit (*Section 377*) endgültig abgeschafft. Nach dem alten Gesetz war es möglich gewesen, homosexuelle Akte mit bis zu zehn Jahren Haft zu bestrafen – selbst dann, wenn sie im Privaten und mit Einverständnis unter Volljährigen stattfanden. Wenn gleich das Gesetz selten zur Anwendung kam, wurde es dennoch häufig von Polizeibehörden missbraucht, um die indische LGBTQ-Community (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer) einzuschüchtern und sie zu kriminalisieren. Rechtskonservative Kräfte aller politischen Lager zeigten sich auffällig zurückhaltend mit Kommentierungen des Urteils. In Wahlkampfzeiten können „falsche“ Äußerungen die Wahlarithmetik sofort zum Nachteil beeinflussen.

Mordanschlag auf Studentenführer

Auf Umar Khalid, den prominenten, ehemaligen Studentenführer an der Jawaharlal-Nehru-Universität (JNU), wurde am 13. August ein Mordanschlag verübt. Zwei Männer, einer von ihnen mit einer Pistole bewaffnet, hatten sich Khalid vor einer Diskussionsveranstaltung im *Constitution Club* in der Nähe des Parlaments in Delhi genähert. Anlass der Veranstaltung waren die in jüngster Zeit zunehmenden Anfeindungen von Minderheiten und zahlreiche Lynchmorde. Die Attentäter griffen Khalid an, einer der beiden feuerte mehrere Kugeln ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Begleiter Khalids versuchten danach, die Täter zu stellen, diesen gelang aber die Flucht. Eine Woche später konnten sie in Haryana verhaftet werden. Ihnen wird versuchter Mord vorgeworfen. Umar Khalid erlangte vor zwei Jahren gemeinsam mit Kanhaiya Kumar und Sheila Rashid öffentliche Bekanntheit im Zusammenhang mit den Unruhen an der JNU. Khalid, Kumar und Rashid wurden zu Symbolfiguren einer neuen indischen Studentenbewegung.

Ex-Premier Vajpayee verstorben

Der ehemalige Premierminister Atal Bihari Vajpayee verstarb nach längerer Krankheit im Alter von 93 Jah-

ren. Vajpayee gehörte zu den Gründungsmitgliedern der BJP und war von 1998 bis 2004 Regierungschef. Der frühere Journalist beeinflusste die indische Politik über Jahrzehnte hinweg maßgeblich. Unter ihm gelang es der BJP, die Dominanz der Kongresspartei zu brechen. Vajpayee galt als weitsichtiger Regierungschef und guter Kenner der internationalen Politik. Von vielen wurde er zudem für seine rhetorischen Fähigkeiten bewundert. Sogar einige politische Gegner hielten Vajpayee für einen säkularen Humanisten und Liberalen mit falschem Parteibuch. Tatsächlich war er einerseits umgänglich und höflich, bereit für offene Diskussionen und kontroversen Meinungs austausch. Doch zugleich war er überzeugter Hindunationalist und strenger RSS-Gefolgsmann, der durch islamophobe Äußerungen auffiel. Sein Tod wird im heraufdämmernden Wahlkampf von der BJP ausgeschlachtet: Das „moderate Gesicht“ der Partei lächelt als *Elder Statesman* von überlebensgroßen Bannern und kündigt von Indiens Ruhm, der Vajpayee und seiner BJP zu verdanken sei.

Rahul Gandhi macht Wahlkampf bei Deutschlandbesuch

Während seiner Reise nach Deutschland am 22. und 23. August war der Kongress-Parteichef Gastredner bei der *Bucerius Summer School* in Hamburg. Dort holte er zu einem Rundumschlag gegen die regierende BJP aus. Die jüngsten Vorfälle von Selbstjustiz und Lynchmorden beschrieb er als Ergebnis einer verfehlten Regierungspolitik, die Perspektivlosigkeit schaffe und Arbeitslosigkeit vergrößere. Dies führe zu Wut, insbesondere bei jüngeren Menschen, die sich auf der Suche nach Sündenböcken gegen die Schwächsten richte: Premier Modi habe der gesamten indischen Wirtschaft das Bargeld entzogen und den Bargeldverkehr so gut wie zum Erliegen gebracht. In der Folge hätten Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Verschlimmert worden sei das alles noch durch die schlecht geplante Einführung der neuen Mehrwertsteuer. Die BJP sei durch ihre Exklusionspolitik mitverantwortlich dafür, dass die Mitglieder einiger Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken gemacht würden.

Jahrhundertflut in Kerala

Im südindischen Bundesstaat Kerala haben sich dramatische Überschwemmungen ereignet. Tausende Menschen sind obdachlos geworden, 480 Menschen verloren in den Fluten ihr Leben. Noch immer werden einige

vermisst. Seit dem 9. August hatte sich der Monsunregen intensiviert. Es fielen bereits 37 Prozent mehr Niederschläge als sonst in der gesamten Monsunzeit eines Jahres. Die Regierung in Delhi hat den nationalen Katastrophenschutz und die Armee zum Einsatz gebracht. Insgesamt sollen nach Angaben der Behörden mehr als 1,4 Millionen Menschen von den Überschwemmungen betroffen sein, über eine Million Opfer wurde vorübergehend in Notunterkünften untergebracht. Brücken, Straßen und Häuser wurden von den Wassermassen fortgespült oder unter Erdrutschen begraben. Aufgrund der enormen Niederschläge mussten zahlreiche Staudämme geöffnet werden – mit dramatischen Folgen für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Vorübergehend standen über 240.000 Hektar Anbaufläche unter Wasser. Nach indischen Medienberichten werden die Schäden auf mindestens 2,7 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Regierung hat bislang lediglich Hilfen in Höhe von 65 Millionen US-Dollar zugesagt. Ein Unterstützungsangebot der Arabischen Emirate von 100 Millionen US-Dollar lehnte Indien ab.

Gericht fordert Maßnahmen gegen „Kuschützer“

Rajasthan gilt als Hochburg der *Gau Rakshaks*, militante Kuschützer, die vor Gewalt nicht zurückschrecken. Nun hat der *Supreme Court* Aufklärung und konkrete Maßnahmen von der Regierung gefordert, um die Gewalt, Selbstjustiz und Lynchmorde zu stoppen. Zu den zahlreichen Opfern der jüngsten Vergangenheit zählt auch der 28-jährige Rakbar Khan, der von einem Mob zusammengeschlagen, dabei schwer verletzt wurde und schließlich seinen Verletzungen erlag. Khan hatte drei Stunden ohne ärztliche Versorgung in Polizeigewahrsam verbringen müssen. Schließlich kam jede Hilfe zu spät. Die radikalen Hindus hatten ihm unterstellt, er würde Kühe schmuggeln und heimlich schlachten. Das entspricht nach heutigem Stand nicht den Fakten. Khan war Milchbauer. Das Oberste Gericht hatte am 4. Juli die Aktivitäten der militanten Kuschützer verurteilt und als „nicht akzeptabel“ bezeichnet. Für die Bundesstaaten sei es nun oberstes Gebot, solche Taten zu verhindern: „Niemand darf zu Selbstjustiz greifen.“ Es sei die Verantwortung des Staates, solche Taten zu verhindern. Bis Anfang September sollten die Bundesstaaten einen Maßnahmenkatalog vorlegen.

Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen

Ein Gericht im Bundesstaat Madhya Pradesh hat zwei

junge Männer wegen der Vergewaltigung eines 8-jährigen Mädchens in der Stadt Mandasaur in einem Eilverfahren zum Tode verurteilt. Seit April 2018 erlaubt eine Gesetzesänderung, Vergewaltiger von Kindern unter 12 Jahren in beschleunigten Verfahren zum Tode zu verurteilen. In Mandasaur war das Mädchen auf ihrem Nachhauseweg von der Schule entführt und vergewaltigt worden. Das Opfer wird seit über zwei Monaten wegen schwerster Verletzungen im Krankenhaus behandelt. In den vergangenen Monaten hatten sich zahlreiche ähnliche Fälle ereignet. Indien gehört zu den Ländern mit den höchsten Vergewaltigungsraten weltweit. Im Jahr 2016 fanden durchschnittlich 110 Vergewaltigungen pro Tag statt. Die meisten Taten werden jedoch gar nicht erst zur Anzeige gebracht, sagen viele Experten. Die anhaltend hohe Zahl an Vergewaltigungen, auch an Kindern, scheint Kritikern der Todesstrafe wie Amnesty International Recht zu geben: ein Abschreckungseffekt durch die Todesstrafe konnte bislang nicht nachgewiesen werden.

Marathas fordern Anerkennung als benachteiligte Kaste

Die hauptsächlich in Maharashtra ansässige Kaste der Marathas kämpft seit einigen Jahren dafür, in die Liste der benachteiligten Kasten aufgenommen zu werden, um besondere Förderung durch die Regierung zu erhalten. Regelmäßig kam es bei Protesten zu gewalttätigen Ausschreitungen. Einige fanatische Marathas begehen sogar Selbstmord. Die Marathas machen etwa 35 Prozent der Bevölkerung in Maharashtra aus und sind im Vergleich zu vielen anderen Kasten überwiegend als ökonomisch sowie sozial bessergestellt anzusehen. Das hatte eine *Mandal Commission* bestätigt. Hinzu kommt, dass Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik überwiegend mit Marathas besetzt sind. Dennoch pochen sie auf eine Quotenregelung in Bildungsinstitutionen und Unternehmen. Sie setzten nun eine erneute Untersuchungskommission durch. Mit einem Ergebnis ist nicht vor Ende des Jahres zu rechnen.

Jharkhand geht gegen Christen vor

Unter dem Vorwand „erzwungener Glaubensübertritte“ wurden im indischen Bundesstaat Jharkhand Anfang Juli 16 Christinnen und Christen verhaftet. Sajan K. George, Präsident des *Global Council of Indian Christians* (GCIC), beklagt eine systematische Einschüchterung religiöser Minderheiten in Jharkhand durch hindunationalistische Gruppen: „Während christliche Gruppen mit dem Vorwurf der

Zwangskonversionen eingeschüchert werden, brüstet sich der RSS mit vermeintlich legitimen Bekehrungen von Christen zum Hinduismus.“ In Jharkhand habe der RSS das Ziel ausgegeben, weite Teile christenfrei zu machen. Unterdessen hat die katholische Kirche vor Ort Protest eingelegt, sämtliche Bischöfe des Bundesstaates haben die Untersuchung durch die Bundespolizei gefordert. Die Lage sei dramatisch, Christen würden mittlerweile wie Terroristen behandelt. Knapp 90 christliche Organisationen stünden unter Beobachtung. Das Innenministerium habe dies angeordnet und unterstellt, christliche Einrichtungen würden Mittel missbrauchen, um Konvertierungen durchzuführen. Damit würden sie gegen Gesetze des Bundesstaates verstoßen. Ferner wird den christlichen Gruppen unterstellt, die als separatistisch geltenden Pathalgadi-Gruppen (Adivasi) zu unterstützen.

WhatsApp und Lynchmorde

Dem Messenger-Dienst WhatsApp wird eine Mitverantwortung an den Lynchmorden in Indien zugeschrieben. Seit August 2015 sind 76 Menschen von wütenden Mobs ermordet worden. Allein seit April 2018 kamen dabei 18 Menschen ums Leben. Einige Medien gehen von einer noch höheren Zahl aus. Über Gruppen-Chats wurden in zahlreichen Fällen unwahre Behauptungen verbreitet, etwa zu Kindesentführungen oder dem Schmuggeln und Schlachten von Kühen. Dies hatte die Mob-Gewalt begünstigt. Daraufhin hatte WhatsApp angekündigt, die Anzahl der möglichen Weiterleitungen zu begrenzen und als solche kenntlich zu machen. Die indische Regierung übte verstärkt Druck auf das Unternehmen aus und hatte mit juristischen Konsequenzen gedroht. In Indien wurde das Weiterleiten beschränkt: So kann ein und dieselbe Nachricht insgesamt nur fünf Mal weitergeleitet werden. Das schnelle Weiterleiten per Button wurde unterbunden. Indien ist mit über 200 Millionen Kunden der größte Markt für den Messenger-Dienst. Die Drohungen der indischen Regierung richteten sich ausschließlich gegen das Unternehmen, von politischer Verantwortung war in der öffentlichen Debatte jedoch nichts zu hören. Vertreter des Konzerns hingegen forderten Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen zu gemeinsamen Bemühungen auf.

Lepra in Indien

Seit dem Jahr 2005 gilt Indien als leprafrei. Allerdings sind die Begrifflichkeiten, mit denen Regierung und internationale Organisationen operieren, irreführend. Als eliminiert gilt die Lepra schon dann, wenn die Prävalenz (Kennzahl) bei weniger als 1 von 10.000 Men-

schen liegt (*Elimination*). Als ausgelöscht (*Eradication*) gilt sie, wenn es keinen einzigen neuen Ansteckungsfall mehr gibt. Und nun nehmen seit einigen Jahren die Leprafälle wieder zu. Insbesondere die indischen Ureinwohner sind davon überproportional betroffen: Bei den Adivasi, die etwa neun Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen, treten knapp 19 Prozent aller neuen Fälle auf. In Staaten wie Gujarat und Tripura sind zwei Drittel aller Neuerkrankten Adivasi. Auf der höchsten politischen Ebene wurde jetzt erneut der Kampf gegen Lepra ausgerufen, denn nach 2005 waren viele Programme zurückgefahren worden. Gesundheitshelfer/-innen im Feld machten weniger Hausbesuche und setzten stärker auf freiwillige Patientenmeldungen. So konnte sich die Krankheit wieder ausbreiten. Im Jahr 2017 war Indien, neben Brasilien und Indonesien, das einzige Land, in dem es über 10.000 neue Leprafälle gab. Zwei Drittel aller Neuerkrankungen weltweit werden aus Indien gemeldet.

HIV im Nordosten

Die Fälle von HIV gehen zwar seit Jahren zurück, doch der Subkontinent ist mit 2,1 Millionen HIV-positiven Menschen im weltweiten Vergleich noch immer das Land mit der drittgrößten Anzahl an HIV-Infektionen. Insbesondere die nordöstlichen Bundesstaaten Meghalaya, Mizoram und Tripura leiden unter einer Ausbreitung des Virus. Die Behörden machen dafür das mehrmalige Verwenden von Einwegspritzen im Drogenmilieu mitverantwortlich. Hauptübertragungsweg und Grund für den Anstieg bleibt jedoch ungeschützter Sex, insbesondere in der Prostitution. Der Leiter des nationalen AIDS-Forschungsinstituts fordert mehr Präventions- und Interventionsstrategien für die Risikogruppen. Er lobt zugleich, dass bereits 1,23 Millionen Erkrankte mit antiretroviralen Medikamenten (ART) behandelt werden. Ziel müsse aber sein, 90 Prozent der HIV-Infizierten und an AIDS Erkrankten mit ART zu versorgen. Indien könnte tatsächlich Vorbildcharakter in der flächendeckenden Behandlung von HIV/AIDS haben, da es der größte Hersteller generischer Arzneimittel weltweit ist. Seit 2004 haben Menschen mit HIV in Indien offiziell Anspruch auf eine kostenlose Behandlung. Jedoch mit der gravierenden Einschränkung, dass eine antiretrovirale Therapie nur dann möglich ist (anders als von der Weltgesundheitsorganisation vorgesehen), wenn bestimmte Helferzellen im Körper auf ein sehr niedriges Niveau abgesunken und die Patient(inn)en darüber hinaus an Hepatitis oder Tuberkulose erkrankt sind. Erst dann ist der Staat verpflichtet, HIV-Infizierten und an AIDS Erkrankten die notwendigen Medikamente kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Medienzensur I

Jüngstes Beispiel für die zunehmende Medienzensur sind die Vorgänge beim Sender *ABP News*. Insbesondere die *ABP*-Nachrichtensendung *Masterstroke* sei „regierungsfeindlich“, so Stimmen aus dem Lager der BJP. Amit Shah wurde mit den Worten zitiert, er wolle *ABP News* „eine Lektion erteilen“. Diese kam, indem der *Masterstroke*-Moderator Punya Prasun Bajpai zunächst beurlaubt wurde, der Chefredakteur sowie ein weiterer hochrangiger Redakteur dem Sender den Rücken kehren mussten. Bajpai hatte in seiner Sendung Bestechung aufgedeckt, mit der die Modi-Regierung in besserem Licht erscheinen wollte. Eine Kleinbäuerin hatte sich lobend zu den Regierungsprogrammen geäußert und behauptet, sie habe ihr Einkommen dank des Programms verdoppeln können. Diese Aussage erwies sich schließlich als manipuliert, da Geld für das Statement geflossen war. Auch ein weiterer *ABP*-Moderator, Abhisar Sharma, wurde kaltgestellt, da er sich dem Redeverbot durch das Management widersetzt hatte. Die Chefetage wollte den Namen des Premiers komplett aus seiner kritischen Berichterstattung tilgen lassen. Das wollte Sharma nicht akzeptieren. Hochrangige Ministerinnen und Minister hatten sich bereits vor Wochen gegen *ABP News* ausgesprochen und dem Sender eine Schmutzkampagne gegen die Modi-Regierung unterstellt.

Medienzensur II

Internet- und Mobilfunkanbieter wurden von der Regierung gebeten, technische Möglichkeiten zu sondieren, wie soziale Medien und Messenger-Dienste (WhatsApp, Instagram, Telegram sowie Facebook) blockiert werden könnten, wenn die „nationale Sicherheit“ bedroht sei. Die *Internet Service Providers Association*, Interessensvertretung der indischen Internetanbieter, hat sich hinter die Regierung gestellt, große Mobilfunkanbieter sind jedoch gegen die Pläne. Ihr Vertreter sagte, es sei äußerst schwierig, die Apps flächendeckend runterzufahren und warnte vor nicht intendierten Folgen. Viele unschuldige Personen würden unter den Maßnahmen leiden, obgleich nur eine Minderheit Ziel der Restriktionen sein sollte. Internetaktivisten warnten ebenfalls vor solchen Schritten. Die Regierung solle sich lieber um die Durchsetzung der bestehenden Gesetze kümmern. Raman Chima, Mitglied der *Internet Freedom Foundation*, hält die Initiative der Regierung für Schaumschlägerei und Aktivismus. Es ist bereits der dritte Versuch der Regierung in den letzten sechs Monaten, soziale Medien stärker zu kontrollieren. Kritiker sehen darin eine weitere Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit.

Swami Agnivesh wiederholt angegriffen

Der Sozialreformer und Hindugelehrte Swami Agnivesh wurde zum wiederholten Male Opfer eines brutalen Übergriffs. Agnivesh befand sich auf dem Weg zur Trauerfeier für den jüngst verstorbenen, ehemaligen Premier Atal Bihari Vajpayee in Neu-Delhi, als er von BJP-Anhängern überfallen und zusammengeschlagen wurde. Anwesende Polizeibeamte hätten zugesehen und wären zunächst nicht eingeschritten, so Agnivesh gegenüber *India Today*. Er werde Anzeige erstatten. Einen Monat zuvor war Agnivesh bereits während einer Veranstaltung von Adivasi in Jharkhand von Mitgliedern der BJP-Jugendorganisation brutal zusammengeschlagen worden. Agnivesh wird von rechten Hindu-gruppierungen extrem angefeindet, weil er sich für eine liberale Lesart des Hinduismus und die Verständigung der Weltreligionen engagiert.

Illegale Adoptionen

Mitte Juli waren Schwestern des Mutter-Teresa-Ordens der „Missionare der Nächstenliebe“ in Ranchi unter dem Verdacht des Kinderhandels verhaftet und sämtliche Waisenhäuser des Ordens von den Behörden unter Beobachtung gestellt worden. Der Zeitpunkt für die Ermittlungen gegen den Orden von Mutter Teresa und die Einseitigkeit in der Berichterstattung (als gebe es nur christliche Einrichtungen) sind auffällig. Die Behörden schritten in diesem Fall medienwirksam ein, die Ministerin für *Women and Child Development*, Maneka Gandhi, ordnete an, alle Waisenhäuser des Ordens von Mutter Teresa zu überprüfen. Nur in einem Nebensatz berichteten indische Medien, dass die Ministerin ebenfalls anwies, *alle* solche Einrichtungen (nicht nur die christlichen) zu kontrollieren. Diese müssen sich innerhalb eines Monats registrieren und sich der Prüfung durch die Behörde unterziehen. Verwunderlich ist, dass dies erst jetzt geschieht, nachdem über Jahrzehnte hinweg augenscheinlich keine politischen Entscheidungen getroffen wurden, um das Feld der Adoptionen stärker zu regulieren. Illegale Adoptionen waren und sind in Indien ein Massenphänomen. Nach offiziellen Angaben gibt es über 230.000 Kinder in öffentlichen, kirchlichen oder auch privaten Waiseneinrichtungen. Allerdings dürfte die tatsächliche Zahl von Waisenkindern weitaus höher sein. Es gibt Schätzungen, die von 30 Millionen Kindern ausgehen (*The Guardian*). Bürokratie und Korruption im Zusammenhang mit Adoptionen machen es Paaren mit Kinderwunsch in Indien äußerst schwer, Babys zu adoptieren, sodass sie häufig den „illegalen Weg“ beschreiten.

Gründer der *Bhim Army* kommt frei

Chandrashekar Azad wurde vor wenigen Tagen überraschend aus der Haft entlassen. Der Gründer und Vorsitzende der *Bhim Army* hatte über ein Jahr im Gefängnis gesessen. Die *Bhim Army* ist eine Menschenrechtsorganisation, die im Mai 2017 nach Kastenkonflikten landesweit Bekanntheit erlangte. Azad war nach den Unruhen unter Verweis auf den *National Security Act* (NSA) von Spezialkräften fest- und in Vorbeugehaft genommen worden. Er stelle ein Risiko für die „nationale Sicherheit“ dar. Unter diesem Vorwand wurde Azad seit Mai 2017 festgehalten und seine Haft regelmäßig verlängert. In einem Interview hatte Azad nach seiner Freilassung berichtet, dass die Staatsgewalt versucht habe, ihn in der Haft „zu brechen“. Auch Rechtshilfe war ihm unter Verweis auf den NSA verweigert worden. Für seine Freilassung hatten wiederholt Demonstrationen stattgefunden, zuletzt im August 2018 in Delhi. Die *Bhim Army* setzt sich für die Rechte der Marginalisierten Indiens ein. Ihrem Selbstverständnis nach tritt sie für die Interessen der *Bahujan* ein (*Bahujan* bedeutet wörtlich übersetzt „die Mehrheit“ und umfasst Menschen unterer Kasten). Die *Bhim Army* strebt soziale Veränderung und Entwicklung primär mithilfe von Bildung an. In Saharanpur im Bundesstaat Uttar Pradesh betreibt sie zu diesem Zweck über 300 Schulen.

Durchsetzung des Plastikverbots schwierig

Im Bundesstaat Maharashtra hat sich die Menge an Plastikmüll um etwa 50 Prozent reduziert, in einigen Stadtgebieten Mumbais sogar um 75 Prozent. Das erklärten unlängst Behördenvertreter. Nach Einführung des Plastikverbots sei insbesondere die Verwendung von Styropor, Einwegbesteck und Plastiktellern massiv zurückgegangen. Gleichzeitig gestaltet sich jedoch die Umsetzung für PET-Flaschen, Milchverpackungen und kompostierbare Tragetaschen kompliziert. Nachdem PET-Flaschenhersteller ein komplettes Verbot abwenden konnten, soll nun ein Pfandsystem für weniger Kunststoffmüll sorgen. Einige große Hersteller lassen zwar die Pfandwerte aufdrucken, allerdings ist das Pfandsystem bislang noch nicht etabliert worden. Unklar ist auch, wo die Flaschen zurückgegeben werden können. Milchverpackungen sollen ebenfalls zurückgenommen werden. Bislang wurde Frischmilch überwiegend in sehr dünnen Plastiktüten verpackt. Auch für sie soll ein Pfandsystem eingerichtet werden (*Buyback*). Kompostierbare Tragetaschen wurden ebenfalls wieder verboten, da sie oftmals zu hohe Kunststoffanteile aufwiesen. Seit Inkrafttreten beschlagnahmte die Polizei in Mumbai über 8.000 kg Plastik und kassierte Strafen in Höhe von über 100.000 Euro.

Proteste gegen weltgrößte Smartphone-Fabrik

Anfang Juli war in Noida bei Delhi die größte Mobiltelefonfabrik der Welt von Premier Modi und dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in mit viel Medien-Tamtam eröffnet worden. Nun gab es die ersten Proteste. Über 100 Demonstrant(inn)en, darunter zahlreiche Aktivist(inn)en und Gewerkschafter/innen, wendeten sich gegen die Benachteiligung der lokalen Bevölkerung. Knapp 80 Demonstrant(inn)en wurden vorübergehend festgenommen. Nach Angaben der Funktionäre gebe es für die lokale Bevölkerung kaum Stellen im Werk. Insbesondere die jungen Leute blieben von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Zudem seien zahlreiche Eigentümer beim Verkauf ihrer Grundstücke und ihres Bodens für den Bau des Smartphone-Werks nicht angemessen entschädigt worden. Die Protestierenden forderten einen Mindestlohn für die Werksarbeiter. Der solle den vergleichsweise höheren Lebenshaltungskosten in Delhi entsprechen, da Noida als Vorstadt zum Einzugsgebiet von *Greater Delhi* gehöre. Der Mindestlohn in Delhi ist doppelt so hoch wie in Noida, das im angrenzenden Uttar Pradesh liegt. Samsung will die Produktion in seinem größten Werk ausweiten und bis zu 120 Millionen Smartphones pro Jahr fertigen. Gleichzeitig schließt der Konzern in China eines seiner Werke. Dort hatte man nach eigenen Angaben zuletzt große Marktanteile verloren.

Formalin im Fisch

Mitte Juli wurde in mehreren indischen Bundesstaaten Formalin im Fisch festgestellt. Von den Giftfunden war auch Goa betroffen, der Bundesstaat, der wie kein anderer vom Fischfang abhängig ist. Doch auch in Kerala, Tamil Nadu, Nagaland und Assam wurden im Fisch Spuren der krebserregenden Formaldehydlösung nachgewiesen. Daraufhin wurde die Einfuhr von Fisch aus anderen Bundesstaaten verboten, insbesondere aus Andhra Pradesh, wo man die Formalinquelle vermutet. Behörden in Goa beeilten sich, die lokale Bevölkerung mit „erlaubten Grenzwerten“ und „natürlichem Vorkommen“ zu beruhigen und zum Konsum zu bewegen. Unabhängige Expert(inn)en gehen jedoch davon aus, dass es bei Formalin keine „sicheren Grenzwerte“ gibt. Formalin wird ursprünglich zur Konservierung von Leichen verwendet und gilt als krebserregend. Der Verkauf auf den Fischmärkten Goas brach nach den Funden um 80 Prozent ein. In der Folge bekam die öffentliche Debatte zudem einen teils diskriminierenden Unterton, da viele der Händler Muslime sind und ihnen generell Böswilligkeit unterstellt wurde.